LESERBRIEF · 25. NOVEMBER 2025 · JOCHEN WITT

Leserbrief von Jochen Witt, zum Artikel "Verantwortung abschieben", Stader Tageblatt vom 25.11.25

Leserbrief von Jochen Witt zum Artikel "Verantwortung abschieben" im Stader Tageblatt vom 25.11.2025

Zum Thema „Hansekraft und Weltklimakonferenz" (diverse Artikel im TAGEBLATT) schreibt Jochen Witt aus Bützfleth:

Während der Weltklimakonferenz wird immer auf die Wichtigkeit des Amazonasgebiets für das Weltklima verwiesen. In den vergangenen Jahren sind Riesenflächen zugunsten der landwirtschaftlichen Produktion gerodet worden, auch mit fatalen Folgen auf das regionale Klima im Amazonasgebiet selbst.

In Europa sieht es nicht anders aus, seit Jahren werden in Rumänien Urwälder illegal und entgegen allen Regeln einer nachhaltigen Forstwirtschaft gerodet. Die Böden liegen anschließend nackt der Sonne und dem Regen ausgesetzt offen da. Die über Jahrtausende sich gebildete Humusschicht wird zerstört und bei Starkregen fehlt seine Pufferfunktion.

Im Unterschied zu der nachfolgenden landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen am Amazonas geht es in Rumänien um das Holz, das in den Markt eingeschleust wird. Ganz offensichtlich ist der Markt angespannt und profitabel. Recyceltes Holz könnte ihn entlasten und damit illegale Rodungen unattraktiv machen. Genau dieses Recycling schreibt der Gesetzgeber im Sinne einer Kaskadennutzung vor. Lediglich hochbelastetes Holz muss verbrannt werden.

Eine Reihe von Mitgliedern des Rates hat das Holzkraftwerk in Emlichheim besichtigt. Keiner hat eine Betriebsanlage zur Sortierung des angelieferten Holzes gesehen, lediglich

eine Anlage zum Schreddern des in Emlichheim regional angelieferten Holzes wurde erwähnt. Das Holz, mit dem das Altholzkraftwerk auf dem Bützflethersand befeuert werden soll (ein Schiff/Woche) wird geschreddert angeliefert. Eine Sortierung vor Ort kann ich mir nicht vorstellen.

Ich befürchte, dass Hansekraft die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Sortierung auf die Lieferanten abschieben wird. Die dortige Sortierung ist für unsere Bürger nicht zu kontrollieren.